

# **BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**

## **in der Gemeinde Hüllhorst**

Gemeinde Hüllhorst  
An den Bürgermeister  
Michael Kasche  
Löhner Str. 1  
32609 Hüllhorst



## **Fraktion im Gemeinderat**

Jürgen Frieze  
Lusmühlenstr. 101  
32609 Hüllhorst  
Tel.: 05744-507594  
eMail: jfrieze@chefmail.de

Hüllhorst, 24.1.2025

Fraktionsantrag nach § 27 der Geschäftsordnung

### **Antrag: auf Ablehnung auf Einführung der Bezahlkarte für Flüchtlinge**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir beantragen das die Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge in der Gemeinde Hüllhorst abgelehnt wird.

Begründung:

*Die Begrenzung des Barbetrags erschwert es den Betroffenen, in Geschäften oder auf Märkten einzukaufen, die keine (Debit-)Kartenzahlung bieten. Selbst kleine alltägliche Ausgaben – beispielsweise Taschengeld für den Schulausflug der Kinder oder Münzen für die Benutzung öffentlicher Toiletten – würden zur Herausforderung werden.*

*Insgesamt schränkt die Bezahlkarte die gesellschaftliche Teilhabe und damit die Integration geflüchteter Menschen erheblich ein. Ihnen wird im Alltag durch die Einführung der Bezahlkarte fortlaufend vermittelt, nur Menschen zweiter Klasse zu sein.*

Der Flüchtlingsrat NRW lehnt die Bezahlkarte ab. Sie Sorge statt für weniger für mehr Verwaltungsaufwand.

Zudem sei die Karte „**diskriminierend und absehbar verfassungswidrig**“, so der Flüchtlingsrat.

Münster und Krefeld haben sich schon gegen die Bezahlkarte entschieden, in Köln gibt es dafür auch keine Mehrheit

*Die pauschale Begrenzung des Barbetrags wird in drei im Juli 2024 ergangenen Eilentscheidungen der Sozialgerichte Hamburg (S 7 AY 410/24 ER) und Nürnberg (S 11 AY 15/24 ER und S 11 AY 18/24 ER) für rechtswidrig befunden. Den Gerichten zufolge müssen die Behörden jeweils im konkreten Einzelfall prüfen, ob eine Deckung grundlegender Bedürfnisse mittels der Bezahlkarte möglich ist und wie hoch der zur Verfügung stehende Barbetrag ausfallen muss. Hier wäre die Folge ein erhöhter Verwaltungsaufwand.*

Mindener Verwaltung sieht Nachteile bei der Bezahlkarte für Geflüchtete

Die Verwaltung warnt vor massivem bürokratischem Aufwand und möglichen Integrationshemmnissen.

Wir sollten uns der Opt-Out-Regelung anschließen, damit gibt man Kommunen, „die eine etabliertes anderes Verfahren nutzen die Möglichkeit, dies auch zukünftig zu tun und die Bezahlkarte in Hüllhorst ablehnen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Friese

Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen